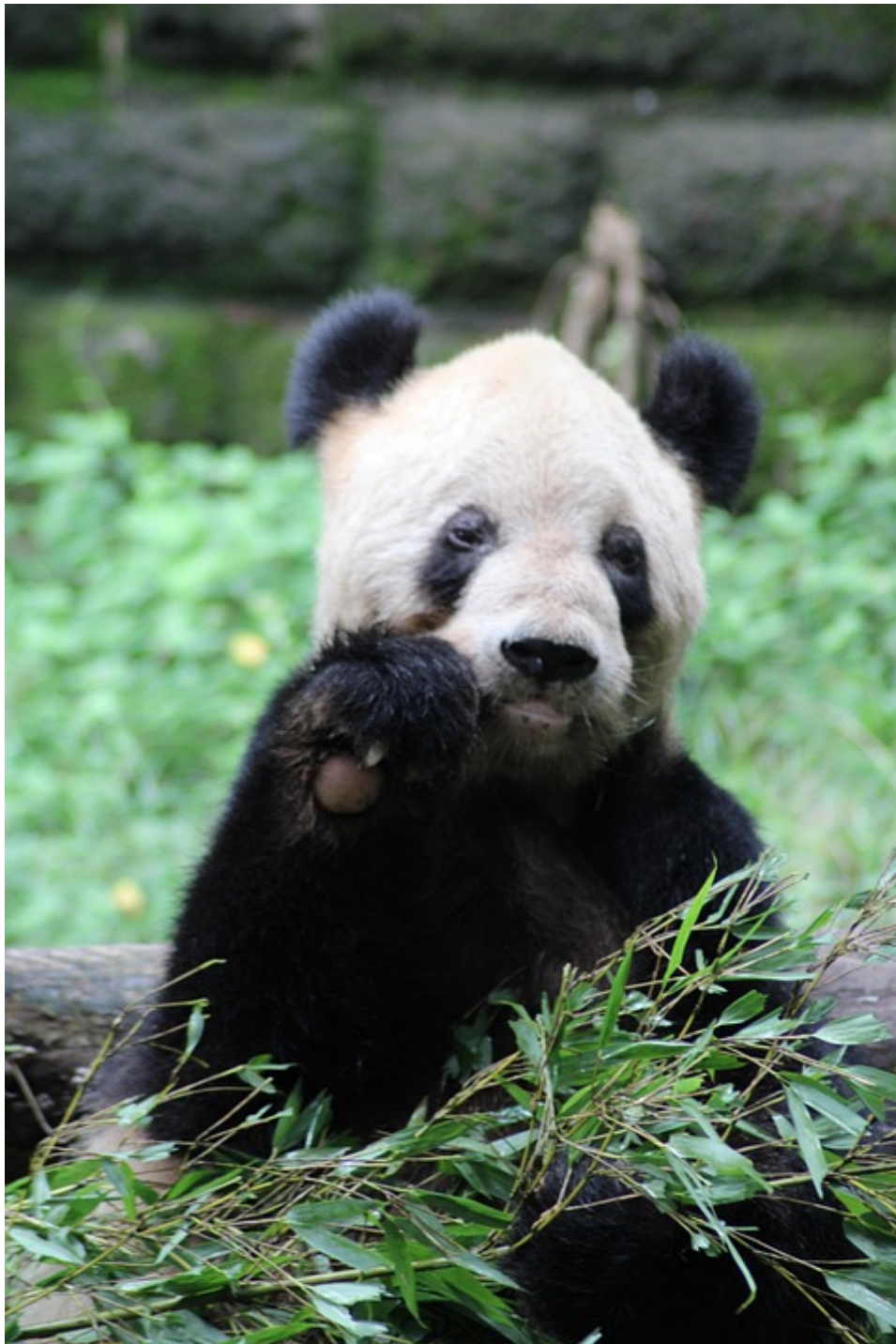


China verstärkt Internetkontrolle mit zentralisiertem virtuellen ID-System

China verstärkt die Internetkontrollen mit einem neuen zentralisierten virtuellen Identitätssystem. Die Maßnahmen zielen darauf ab, persönliche Daten zu schützen, könnten jedoch die Meinungsfreiheit weiter einschränken.



China hat die Kunst der Internetüberwachung perfektioniert und betreibt eines der umfangreichsten Systeme zur Online-Zensur und Überwachung weltweit. Mit verpflichtenden Identitätsprüfungen auf jeder Online-Plattform ist es nahezu unmöglich, anonym zu bleiben.

Neue Maßnahmen zur Internetkontrolle

Die streng kontrollierte Online-Umgebung steht nun vor noch rigoroseren Eingriffen mit der Einführung einer staatlich ausgestellten nationalen Internet-ID. Anstatt dass Einzelpersonen ihre persönlichen Daten separat auf jeder Plattform zur Identitätsprüfung einreichen müssen, strebt die Regierung an, den Prozess zu zentralisieren, indem sie eine virtuelle ID einführt. Diese ID ermöglicht es den Nutzern, sich auf verschiedenen sozialen Medien und Websites anzumelden.

Implementierungsdetails und Ziele

Die Regeln für das neue, derzeit freiwillige System wurden Ende Mai veröffentlicht und sollen Mitte Juli in Kraft treten. Laut den veröffentlichten Richtlinien zielt das System darauf ab, „die Identitätsinformationen der Bürger zu schützen und die gesunde sowie geordnete Entwicklung der digitalen Wirtschaft zu unterstützen“. Experten äußern jedoch Bedenken, dass die neue Politik die bereits eingeschränkte Meinungsfreiheit weiter gefährden könnte, indem Internetnutzer gezwungen werden, noch mehr Kontrolle an den Staat abzugeben.

Die Rolle der Zensur

Seit Xi Jinping 2012 an der Macht ist, hat das Land seine Kontrolle über den digitalen Raum durch eine Armee von Zensoren weiter verschärft. Diese Zensoren sind rund um die Uhr im Einsatz, um Beiträge zu entfernen, Konten zu sperren und den Behörden zu helfen, Kritiker zu identifizieren, wodurch jede Form von Dissenz erst gar nicht zur Geltung kommen kann.

Abhängigkeit von sozialen Medien und zentrale Kontrolle

Die finalisierten Regeln wurden nach einem Vorschlag veröffentlicht, der im vergangenen Sommer zur öffentlichen Kommentierung offen war, was ein typischer Schritt im chinesischen Gesetzgebungsprozess ist. Während der

öffentlichen Konsultation gab es Widerstand von Juraprofessoren, Menschenrechtsexperten und einigen Internetnutzern, allerdings blieben die finalisierten Regeln größtenteils unverändert. “Dies ist ein staatlich geleitetes, einheitliches Identitätssystem, das in der Lage ist, Benutzer in Echtzeit zu überwachen und zu blockieren”, erklärte Xiao Qiang, ein Forschungswissenschaftler für Internetfreiheit an der University of California, Berkeley. “Es kann Stimmen, die es nicht mag, direkt aus dem Internet tilgen, sodass es mehr als nur ein Überwachungstool ist – es ist eine Infrastruktur des digitalen Totalitarismus.”

Politische Überwachung und Kontrolle

Die Kontrolle über Chinas großen Teil des globalen Internets wurde weitgehend an eine dezentralisierte Gruppe verschiedener Seiten delegiert, wobei die Behörden teilweise auf die sozialen Medien selbst angewiesen sind, um problematische Kommentare zu identifizieren. Xiao warnte, dass ein zentrales System, das die Internet-ID nutzt, es der Regierung erheblich erleichtern könnte, die Präsenz eines Nutzers auf mehreren Plattformen gleichzeitig zu tilgen. Shane Yi, eine Forscherin bei der Menschenrechtsorganisation China Human Rights Defenders, teilte Xiaos Bedenken und erklärte, dass das System der chinesischen Regierung erweiterte Macht gebe, um „zu tun, was sie für richtig halten“, da die Behörden in der Lage seien, die gesamte digitale Spur der Nutzer “von Punkt Null” zu verfolgen.

Öffentliche Reaktion und Registrierung

In China haben staatliche Medien die Internet-ID als eine „kugelsichere Weste für persönliche Informationen“ bezeichnet und das System als Möglichkeit angepriesen, die Risiken von persönlichen Datenlecks erheblich zu reduzieren. Laut der chinesischen staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua haben sich bereits über sechs Millionen Menschen für die ID registriert, was im Vergleich zu einer geschätzten Online-Bevölkerung von mehr

als einer Milliarde steht. Ein Cybersecurity-Beamter des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit erklärte, dass der Internet-ID-Service streng „freiwillig“ sei, aber die Regierung ermutige verschiedene Branchen und Sektoren zur Integration.

Kritik und Bedenken zur Datenintegrität

Experten stellen zudem in Frage, wie freiwillig das System tatsächlich ist, und warnen vor den Risiken potenzieller Datenlecks, da persönliche Informationen jetzt auf zentralisierte Weise gesammelt werden. Haochen Sun, ein Juraprofessor an der University of Hong Kong, merkte an, dass das System, obwohl es als freiwillig präsentiert wird, allmählich zu einem verlangen könnte, dem Nutzer schwer entkommen können. Wo die Regierung dazu neigen könnte, die Verbreitung dieses Internet-ID-Überprüfungssystems durch Anreize und mehr Bequemlichkeiten zu fördern.

Zusammenfassung und Ausblick

Trotz der zahlreichen Expertengemeinden, die Bedenken äußern, wurde die endgültige Regelung nahezu kritiklos verabschiedet. Während bereits hunderte von Apps seit dem letzten Jahr die Internet-ID testen, könnte die Implementierung zu einer Verengung der digitalen Freiheitsrechte in China führen. Angesichts globaler Vorfälle von Datenlecks, etwa bei einem Vorfall in China, bei dem die persönlichen Informationen einer Milliarde Bürger online geleakt wurden, bleibt abzuwarten, wie sicher dieses neue System letztendlich sein wird.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at